

copyright Marit Rullmann:

Wie wollen wir in Zukunft leben - Flexibel globalisiert oder nachhaltig für alle? Die Zukunft von Arbeit und Ökonomie

fair statt prekär – arbeiten neu denken, 26.2.2008 Wissenschaftspark Gelsenkirchen

"Wenn die Arbeiterklasse sich das Laster, welches sie beherrscht und in Natur herabwürdigt, gründlich aus dem Kopf schlagen und sich in ihrer furchtbaren Kraft erheben wird, nicht um die famosen 'Menschenrechte' zu verlangen, die nur die Rechte der kapitalistischen Ausbeutung sind, nicht um das 'Recht auf Arbeit' zu proklamieren, das nur das Recht auf Elend ist, sondern um ein ehernes Gesetz zu schmieden, dass jedermann verbietet, mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten, so wird die alte Erde, zitternd vor Wonne, in ihrem Innern eine neue Welt sich regen fühlen..." Paul Lafargue (1842-1911) Schüler/Schwiegersohn von Karl Marx.

Eine schöne Utopie - genug Arbeit für alle und gleichzeitig wären auch noch unsere ökologischen Probleme gelöst. Mit ähnlicher Intention verfasste auch der Philosoph Bertrand Russell seine *Lobrede auf den Müßiggang*: Denn

„Es wird viel zu viel gearbeitet auf der Welt. Ein immenser Schaden wird durch den Glauben angerichtet, dass Arbeit eine Tugend ist.“

Die Realität sieht jedoch ganz anders aus. So initiierte Gerhard Schröder schon im Jahr 2001 die sogenannte Faulenzerdebatte. Vorher gab es bereits eine Drückeberger-Kampagne und Altbundeskanzler Kohl sprach gerne vom Freizeitpark Deutschland. Heute wird durch die Agenda 2010 - sprich Hartz I-IV - der Druck auf die Arbeitslosen erhöht; neue Arbeitsplätze werden kaum geschaffen. Allein in den letzten 10 Jahren gingen 4,6 Mill. sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen verloren, zusätzlich geschaffen wurden 1,5 Millionen Stellen in Teilzeit. Ein Verlust von 3 Millionen Stellen, wie uns Klaus Boeckmann vom SOWA-Institut der Uni Dortmund am 29. Januar 2008 an dieser Stelle erklärte. 10% der Minijobs werden in Vollzeit ausgeführt. 6,5 Millionen und damit fast jeder vierte Beschäftigte arbeitet für einen Niedriglohn (Brutto West 9,61€/Ost 6,81 €). Deutschland hat damit die höchste Niedriglohnquote in Kontinentaleuropa. Die bezahlten Überstunden kletterten um weitere 5% auf 1,477 Milliarden.

Ist dies bloß zynisch, angesichts von konstant mehr als viereinhalb Millionen registrierter Arbeitsloser? Woran liegt es, dass weniger das Problem der etwa 7,7 Millionen fehlenden Arbeitsplätze - diskutiert wird, stattdessen immer stärker die Arbeitslosen diffamiert und ihre wenigen Rechte zusammengestrichen werden?

Für die globalisierte Ökonomie, insbesondere die transnationalen Megakonzerne, aber auch für viele mittlere Arbeitgeber ist so eine „Reservearmee“ eine schöne Sache - sie erhöht schlicht die Profitrate. So wurden in den letzten Jahren immer mehr Arbeitnehmerrechte aufgeweicht oder ganz gekündigt, Löhne gedrückt, Menschen in die Scheinselbständigkeit oder in sogenannte Ich-AGs gezwungen. Unter dem Stichwort **Flexibilität** wurden ebensolche Arbeitszeiten und Orte eingeführt. Samstags- und Sonntagsarbeit nehmen stetig zu. Es heißt jetzt allzeit einsatzbereit sein, rund um die Uhr zur Verfügung stehen - oft nur für einen Halbtagslohn. Nicht nur in Call-Centern längst übliche Praxis, mit einem Lohn, von dem man(n), meistens jedoch frau, kaum leben kann.

Arbeit macht krank, lautet das Urteil des Schwarzbuches der IG Metall (Juni 2005). Obwohl kontinuierlich der Krankenstand sinkt - weil sich angesichts von Millionen Arbeitslosen keiner mehr „krank feiern“ traut, steigt die Anzahl der psychisch Kranken stetig. Über 19 Millionen Arbeiter und Angestellte haben bereits krankheitsbedingte Fehlzeiten. Denn „Arbeiten ohne Ende“ - sprich Arbeitsverdichtung, Überstunden und die moderne Sklaverei des selbstorganisierten Arbeitsplatzunternehmers - führen zu **chronischer Überarbeitung** auf Seiten der Jobinhaber. Dies ist blanker **Zynismus** gegenüber all denen, die keine Arbeit haben. Von einer generellen Verkürzung der Arbeitszeit oder wenigstens einem Abbau der Überstunden ist keine Rede mehr...auch nicht bei den Gewerkschaften.

Selbst unsere Freizeitgestaltung trägt eindeutig die Züge der Arbeitsgesellschaft. Es beginnt bei der Organisation derselben: Sport ist längst keine spielerische Aktivität sondern **Freizeitarbeit**; und Urlaub im Club Méditerranée vom reglementierten Arbeitsalltag kaum zu unterscheiden. Selbst Kinder brauchen inzwischen Terminkalender.

Overworked Amerika heißt ein Buchtitel, der auch für europäische Verhältnisse zutreffend ist: Es scheint, wir können gar nicht anders, als immer mehr zu arbeiten, statt weniger. Die **Produktivitätszuwächse** seit 1948 erlaubten es den Amerikanern heute schon bei leicht steigendem Wohlstand nur noch jedes zweite Jahr zu arbeiten.

„Dax-Konzerne verdienen soviel wie noch nie“, titelte der Tagesspiegel am 2.9.05. Nach den Rekordgewinnen im Vorjahr legten die deutschen Börsennotierten Großkonzerne (u.a. Allianz, BASF, Bayer, Thyssen Krupp) noch einmal um 22 Prozent zu. Heute liegen die Renditen bei sage und schreibe 30%.

Es ist kein Geld da? Jedenfalls kommen die Rekordgewinne schon lange nicht mehr bei deutschen ArbeitnehmerInnen an. Hier gingen in den letzten 10 Jahren die Reallöhne um 0.9% zurück. Im Gegensatz übrigens zu Schweden oder Groß Britannien, wo sie um 25% zulegten.

Wir leben in einer Zeit, in der **Erwerbsarbeit fast als alleinige Sinnstifterin fungiert:**

Muße, Feier, Faulheit, Meditation, Religion, Spiel, Kunst, Familie oder Freundschaften spielen nur noch eine untergeordnete Rolle. Nicht selten werden Familie, Nachbarschaften, Freundschaften für die Karriere der sogenannten Jobnomaden geopfert.

„Angesichts der Tatsache, dass in modernen Gesellschaften soziale Anerkennung an Arbeitsleistung gebunden ist, wird Arbeit zu einem Menschenrecht, das niemanden vorenthalten werden darf“, argumentiert der Soziologe Iring Fetscher.

Ein **Gegengewicht fehlt** - Muße und Faulenzen sind out. Dabei hat es einmal ganz anders begonnen: In der abendländischen Philosophie spielte der Begriff "Arbeit" lange keine große Rolle. Denn, so Aristoteles: „Die Natur verlangt von uns nicht nur, dass wir gut arbeiten, sondern auch, dass wir gut die Muße pflegen.“ Bis zum Mittelalter galt Denken nicht als "Arbeit", sondern gehörte zum Bereich der Muße. Über diese, die "vita contemplativa", in ausreichendem Maße zu verfügen, war erklärtes Ziel der Philosophen.

Aus heutiger Sicht erscheint unvorstellbar, dass eine Gesellschaft die Muße als höchstes Ziel propagierte und auf alle Tätigkeiten, die zum direkten Lebenserhalt notwendig sind, ebenso herabsah wie auf handwerkliche oder künstlerische Produktion.

Die Kontemplation, der Genuss des Lebens und das Philosophieren waren neben dem politischen Handeln in der antiken Polis die einzigen Tätigkeiten, die eines freien Mannes würdig galten. Ein "gutes Leben" war eines, das möglichst befreit war von der Knechtschaft biologischer Prozesse. Arbeiten zu müssen war für die (männlichen) Bürger der Antike gleichbedeutend mit Sklave der Notwendigkeit zu sein. Um die lebensnotwendigen Arbeiten kümmerten sich die per se "Unfreien": die Barbaren, die Sklaven und die Frauen.

Die politische Philosophin Hannah Arendt hat sich in ihrem Buch "vita activa" (amerik. 1958, dt. 1967.) ausführlich mit dieser antiken Vorstellung vom "tätigen Leben" auseinandergesetzt: Arbeiten - Herstellen - Handeln. Arbeiten bezog sich auf die unmittelbare Gewinnung lebensnotwendiger Dinge wie Brot backen oder auf den Getreideanbau, aber auch auf das Gebären und Erziehen der Kinder. Herstellen bezeichnet den Bereich des Handwerks und mit Einschränkung der Kunstproduktion. Die handwerklich geschaffenen Güter sind keine Verbrauchs- aber Gebrauchsgüter und deshalb vergänglich.

So ist also unser heutiger **Arbeitsbegriff falsch**, denn der grundsätzliche Unterschied zwischen Arbeiten und Herstellen ist der zwischen unproduktiver und produktiver Arbeit. Das Kennzeichen der Arbeit ist, dass sie nichts Greifbares, Dauerhaftes hinterlässt. Wir verzehren die Speisen gleich wieder, die mit viel Mühe gekocht wurden; die Hausarbeit wird nicht weniger, wenn wir sie beendet haben, sondern fängt sogleich von vorne an.

Aber es sind diese Tätigkeiten, die allen anderen in ihrer Dringlichkeit vorausgehen. Von *ihrer Erfüllung hängt das Leben selbst ab*.

In der modernen Gesellschaft hat es eine Umdefinierung gegeben: Angesichts der ungeheuren Steigerung der Produktivität wurden der Arbeit Qualitäten zugesprochen, die eigentlich nur dem Herstellen zukommen. Die unproduktiven und immer gleich bleibenden Arbeiten hingegen als Restbestand aus früheren Zeiten abgetan und unter dem Stichwort „Reproduktion“ den Frauen als unentgeltliche Tätigkeiten zugeordnet. „Auf dieser Verwechslung beruht“, so Hannah Arendt, „die Glorifizierung der Arbeit in der Neuzeit“.

Der dritte, und für Hannah Arendt wichtigste Bereich, ist dagegen das **Sprechen und Handeln** in der öffentlichen "Polis". Und dies ist es, was Arendt zufolge das Menschsein definiert: Der Mensch ist nicht alleine auf der Welt. Zwar seien die Menschen gleichartig, sonst gebe es keine Verständigung, aber dennoch grundsätzlich verschieden. Diese Andersartigkeit mache es notwendig, miteinander zu sprechen und zu handeln. "Sprechen und Handeln sind die Tätigkeiten, in denen diese Einzigartigkeit sich darstellt." (Arendt ebd., S. 165.) Menschen, die leben, ohne zu arbeiten, könne das Menschsein nicht abgesprochen werden, aber ein Leben ohne Sprechen und Handeln ist für sie kein Leben, "...sondern ein in die Länge eines Menschenlebens gezogenes Sterben ..." (ebd.).

Ich denke, dies ist eine wichtige Unterscheidung für unsere Gesellschaft, der zunehmend die Erwerbsarbeit ausgeht.

Zur Wandlung eines Begriffs: Der Weg in die Arbeitsgesellschaft

Wenn die *vita contemplativa*, das reine Denken ohne jeden Zweck, früher höchstes Ansehen genoss - die produktive Arbeit hingegen nicht, wie kam es dann, dass sich in der Neuzeit eine fast völlige Umkehrung der Werte durchsetzen konnte?

Auf dem Weg in unsere heutige Arbeitsgesellschaft standen viele Philosophen aber auch Theologen. Waren es für das Alte Testament nur die Gottlosen, die nach Gewinn strebten, so verlangte schon Paulus, dass wir arbeiten sollen, um unseren Brüdern nicht zur Last zu fallen. Und der Reformator Luther propagierte, die Menschen sollten in dem Beruf oder Stand bleiben, in den Gott sie gestellt habe, denn dies sei göttliche Fügung. Erstmals wurden geistliche und weltliche Arbeit als gleichwertig angesehen. Mit dieser **protestantischen Arbeitsethik** begann der bislang fast unaufhaltsame Aufstieg des Kapitalismus, wie ihn der Soziologe Max Weber 1904 beschrieben hat. Die Vertreter dieser

Ethik, z.B. Richard Baxter ¹, sind überzeugt, dass "Wer nicht arbeitet, auch nicht essen" soll. Die Arbeitsunlust gilt nun als Symptom des fehlenden Gnadenstandes. Zwar wird weiterhin der Reichtum als schwere Gefahr für die Seele und das Streben danach als sittlich bedenklich angesehen: Aber nur das Ausruhen auf dem Besitz, also der Genuss des Reichtums, der Müßiggang gefährden den Seelenfrieden. Dagegen wird jedes Handeln zur Mehrung des Ruhmes Gottes, als besonders Gottgefällig und Ausdruck seines Willens betrachtet. So wird Arbeit zum Selbstzweck des Lebens erklärt und wen Gott für seine Taten belohnt, dem zeigt er es durch Mehrung seines Reichtums. Zeitvergeudung gilt nun als schwerste aller Sünden und Kontemplation als verwerflich, wenn sie auf Kosten der (Beruf)sarbeit erfolgt.

Eine andere Definition der Arbeit war ebenfalls wegweisend auf dem Weg in unsere heutige Arbeitsgesellschaft. Erstmals wurde sie von dem englischen Philosophen John Locke als Prozess der Wertschöpfung definiert. Fortan legitimierte sie das Eigentum an Grund und Boden - etwa wenn ein unbebauter Boden als Acker nutzbar gemacht wird - und verleiht den Dingen ihren Wert. Zum zentralen Begriff wurde Arbeit, insbesondere die Arbeitsteilung, im englischen Liberalismus bei Adam Smith. Aufgrund der Produktionssteigerungen in den englischen Manufakturen der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wird die **arbeitsteilige Herstellung von Waren zum wichtigsten Produktionsfaktor**. Der Wertmaßstab für Ware und Reichtum einer Gesellschaft ist nun die Arbeitsteilung und nicht mehr der Besitz von Kapital und Boden. Der persönliche Reichtum wird gemessen an der Arbeitskraft, über die jemand verfügt: Sie avanciert zum Tauschwert aller Waren.

Für Karl Marx resultierte die gesamte **Kulturleistung der Menschen** aus der praktischen Arbeit, sie ist nicht mehr das Produkt theoretischer Erkenntnisse.

Aber Marx und sein Freund Friedrich Engels haben schon sehr früh die im 19. Jahrhundert herrschenden Produktions- und Arbeitsbedingungen kritisiert: Arbeit innerhalb des frühkapitalistischen Produktionsprozesses sei immer unfreie und deshalb **entfremdete Arbeit**, denn die Arbeiter sind gezwungen, ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen. Damit haben sie weder die Verfügungsmacht über die Art ihrer Tätigkeit noch über die Produkte, die sie herstellen. Ihr humanistischer Arbeitsbegriff propagierte das Ideal freier, entweder handwerklicher oder schöpferischer Arbeit, als Ausdruck eines freien und selbstbestimmten Lebens. Bis heute ein ungelöstes Problem.

Inzwischen geht der Arbeitsgesellschaft zumindest die bezahlte Erwerbsarbeit aus, die **Zahl der Arbeitslosen** steigt weltweit ständig - mit Ausnahme einiger weniger sogenann-

¹ Der englische Geistliche und Erbauungsschriftsteller (1615-1691) vertrat einen gemäßigten Calvinismus.

ter Schwellenländer. Derzeit liegt sie bei ca. 800 Millionen Menschen. Das **Ende der Arbeitsgesellschaft**, das Hannah Arendt vor fast vierzig Jahren in "vita activa" und Jeremy Rifkin (1995) voraussagten, ist eingeleitet.

Seit die **Globalisierung** zum scheinbar alles beherrschenden Thema gemacht wurde, wird sie gern als Begründung für die Krise unserer Arbeitsgesellschaft benutzt.

Dabei ist Beschäftigung, die mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen verknüpft ist, längst zu einer nachrangigen Komponente für wirtschaftliches Handeln geworden. Hohe Renditen werden durch Schwankungen des Aktienkurses erzielt – mit allen bekannten Folgen, wie gerade bei der Immobilienkrise in USA ausgelöst - nicht durch Produktion von Gütern.

Eine neue politische Klasse agiert global und entscheidet über das Wohl ganzer Nationen, losgelöst von jeder staatlichen Kontrolle und durch nationale Regierungen kaum noch steuerbar.

Mehr als 90% des „ungeduldigen Kapitals“ (Richard Sennett) fließen ständig als Spekulationen rund um den Erdball. Dieses Geld wird nicht ökonomisch sinnvoll verwendet - es werden auch keine Warenwerte geschaffen oder verkauft. **Spekulanten sind keine Investoren**. Was entsteht sind immer höhere Renditen: Kapitalrenditen müssen heute 15% mindestens einbringen, am besten 30%. (Ackermann-Deutsche Bank) Zum Dank für schmale Lohnabschlüsse hat bis jetzt noch kein Unternehmer neue Arbeitsplätze eingerichtet. Und so nehmen weltweit Armut für viele und Reichtum der wenigen stetig zu. Auch hierzulande steigt die Zahl der Einkommensmillionäre ebenso an wie die verarmter Kinder.

Anders Henry Ford - er zahlte besonders gute Löhne mit dem Argument: wenn meine Leute sich kein Auto kaufen können - wer dann?

Bereits John Meynard Keynes forderte daher eine Spekulationssteuer, wie sie auch in den 70iger Jahren von dem Franzosen Tobin vorgeschlagen wurde. Das wahl- und sinnlose Spekulieren muss eingedämmt, der immense Kapitalfluß gebremst werden - auch durch Austrocknung der Steueroasen. Die Amerikaner haben übrigens kein Problem mit der Steueroase Liechtenstein – auch mit keiner Steueroase. Weil Amerikaner immer Steuern bezahlen müssen – auch unabhängig davon wo sie ihren Wohnort haben. Nur so können langfristig stabilere und gerechtere Verhältnisse hergestellt werden.

Zwar versuchen immer noch fast alle Politiker, Manager und selbst Gewerkschaftsführer davon abzulenken, dass die ständige **Reduzierung von Arbeitsplätzen** ein normaler kapitalistischer Vorgang ist. Lean-Production meint nichts anderes, als dass immer weniger Menschen immer mehr produzieren. Und Just-in-time bedeutet Lagerhaltung auf europa-

weit fahrenden LKWs - nicht nur ökologischen Zeitbomben, wie sich immer deutlicher zeigt. Diese und andere Steigerungen der betrieblichen Produktivität sind das betriebswirtschaftliche Ziel - nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen. Besonders augenfällig wird dieser Zusammenhang, wenn nach Massenentlassungen regelmäßig die Aktienkurse steigen.

Inzwischen fordern selbst überzeugte Kapitalisten wie der ehemalige Währungsspekulant George Soros oder der Ökonom John Kenneth Galbraith, dass die destruktiven Kräfte des Turbokapitalismus durch den Staat in Schach gehalten werden müssen. Leider ist derzeit das Gegenteil der Fall. Soziale Konstruktionen wie die labilen Wohlfahrtssysteme, die Grundlage der sogenannten sozialen Marktwirtschaft, haben sich in langen Machtkämpfen und Verhandlungen gebildet. Allüberall wird gefordert, dass die Staatsquote unbedingt gesenkt werden müsse. Weniger Staat sei mehr Freiheit. Zumindest für die Großkonzerne stimmt das ja auch. Vor einigen Jahren warnte Amnesty International erstmals vor diesen Folge der Globalisierung. Sie befürchten, dass der zunehmende ökonomische Druck weltweit zu wachsender Ungleichheit und Verarmung führt. Und damit zu einer neuen Welle von Gewalt. Denn wirtschaftliche Konflikte heizen innere Konflikte an, mit der Folge zusammenbrechender Staatsgewalt. Die Menschenrechte geraten weltweit so noch mehr unter Druck.

Für Hannah Arendt war das Ende der Arbeitsgesellschaft nicht zwangsläufig mit der Hoffnung verbunden, dass durch mehr freie Zeit automatisch aus dem "animal laborans" ein schöpferisch tätiger Mensch wird. Sie hoffte allerdings, dass er, einmal vom Joch der täglichen Existenzfristung befreit, sich nun stärker seiner ureigentlichen Aufgabe stellen würde - der Wiedergewinnung der Sphäre des politischen Handelns. Eine schöne Utopie! Tatsächlich scheint es eher, dass **Arbeitslosigkeit die Menschen entpolitisiert**.

Woher kommt das? Vor allem im 20. Jahrhundert wurde die Erwerbsarbeit und das damit verbundene Renommee, der Lohn, zum fast alleinigen Maßstab für den Rang eines Menschen innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie. Das stetig steigende Gehalt der Arbeitnehmer wurde zum Schlüssel für Wohlstand, sichtbar gemacht durch Erwerb von Konsumgütern und Statussymbolen, z.B. teure Autos und Designerkleidung, das eigene Haus, Luxusreisen. Das Selbstwertgefühl vieler Menschen ist gebunden an diesen messbaren Wert ihrer Arbeitsleistung. Fehlt diese Bestätigung, wird jemand womöglich "dauerarbeitslos", so leidet mit der Zeit das Selbstwertgefühl so stark, dass er oder sie sich völlig vom gesellschaftlichen Leben zurückzieht und gerade nicht, wie Hannah Arendt es wünschte, die freie Zeit nutzt, um sich politisch zu engagieren. Dies belegen auch die Zahlen der wenigen ehrenamtlich Tätigen, die erwerbslos sind. Wenn **bezahlte Lohnarbeit zur allei-**

nigen Sinnstifterin vieler Menschen geworden ist, dann führt ihr Fehlen zwangsläufig zu einem radikalen Sinnverlust. Wenn "Zeitvergeudung" zur schwersten Sünde wird und jede Form der "bloßen Geselligkeit" gleich "faules Gerede" ist und damit "absolut verwerflich", dann erscheint es wenig verwunderlich, dass Arbeitslose in dieser Gesellschaft nicht die einzige positive Seite ihrer Situation besser nutzen.

Die Wende vom philosophischen Ideal der Muße und Kontemplation zu Unrast, Arbeitsucht und Unzufriedenheit, wenn Zeit nicht "sinnvoll", also produktiv genutzt werden kann, dauerte lange. Wir können sie nicht in wenigen Jahren umdrehen - aber endlich damit anfangen.

Nicht jede Arbeit wird auch bezahlt oder Alternativen zur Erwerbsarbeit

Trotz hoher Arbeitslosigkeit fehlt es gleichzeitig an Arbeitskräften, die etwa alte, kranke oder behinderte Menschen betreuen. Es fehlen Kindergartenplätze und auch in den Bereichen Umweltschutz und sozialen Dienste, Kultur oder Denkmalspflege könnten sofort dauerhafte Arbeitsplätze eingerichtet werden - tausende Menschen hätten eine sinnvolle Beschäftigung. Aber es fehlt (angeblich) das Geld, um unsere verschmutzten Flüsse wieder sauber zu machen oder alte Gebäude zu restaurieren. By the way: Um Kriege zu führen oder Banken zu unterstützen, wenn sie ihr Geld verzockt haben ist immer genug Geld vorhanden...

Vor allem Frauen sind häufiger erwerbslos und dennoch nie ohne Arbeit. Sie erziehen Kinder und versorgen alte oder kranke Angehörige. Sie bekleiden "Ehrenämter" in der Schule ihrer Kinder, weil es dort nicht genügend bezahlte Kräfte gibt. Und sie arbeiten häufiger in sogenannten ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Die gesamte Arbeitsleistung der Frauen weltweit im Vergleich zu der von Männern beträgt 2/3 zu 1/3. Dabei erzielen sie aber nur 10% des Erwerbseinkommens und besitzen lediglich 1% des Vermögens². In den Ländern außerhalb Europas sichern Frauen oft den Lebensunterhalt der gesamten Familie. Trotzdem verfügen Frauen im Alter über die geringere Rente, genauso wie sie während ihrer Erwerbstätigkeit geringer entlohnt werden als Männer. Frauen verdienen hierzulande nur ca. 2/3 dessen, was Männer verdienen. Die Berechnungsgrundlage des Lohnes der Männer ist immer noch der sogenannte Familienlohn, für Frauen ist es der Individuallohn. Sie verdienen nur "hinzu", ungeachtet der Tatsache, dass viele Frauen alleinerziehende Mütter sind, somit Ernährerin einer ganzen Familie. Seit dem Fall der Mauer 1989 in Deutschland ist die Anzahl berufstätiger Frauen in der ehemaligen DDR

² Diese Zahlen der UNO von 1975 werden sich seither nur unwesentlich geändert haben.

langsam auf Westniveau gesunken (44,6%). Den Kinderkrippen sei Dank lag die Berufstätigkeit ostdeutscher Frauen vor der Wende bei ca. 90%. Auch hier waren es also zuerst die Frauen, die entlassen wurden.

Viele Menschen arbeiten ehrenamtlich für Parteien und Gewerkschaften, engagieren sich in der Kirche oder der Agenda 21, bei zahlreichen NRO oder Interessenverbänden, arbeiten für soziale und kulturelle Zwecke. Sie leisten wichtige gesellschaftspolitische Arbeit und werden dafür nicht entlohnt. Sinnvoller wäre es allemal, eine Grundsicherung oder ein Bürgerinnengeld zu zahlen als Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Vorschläge dazu gibt es bereits seit Jahren. Eine der konsequentesten Lösungsvorschläge stammt von Gret Haller (zit. Meier-Seethaler 1992). Sie plädiert für eine "Versorgungsunabhängigkeit für alle", also ein Steuer- und Rentensystem in dem beide Ehepartner getrennt berücksichtigt werden. Die Lebenskosten der Kinder trägt die Gemeinschaft. Löhne und Zeiten für Erwerbsarbeit verteilen sich gleichermaßen auf Mann und Frau. Das bisherige Familien-Ernährer-Modell und die Nur-Hausfrau wären abgeschafft. Berlins Wirtschaftssenator Harald Wolf (Die Linke) hat ausgerechnet, dass wenn man Arbeitslosengeld II, Wohnkosten, Zuverdienste und die Gelder für Aus- und Weiterbildung für Langzeitarbeitslose addiert, schnell auf einen Betrag von 1200 - 1400 Euro pro Monat kommt. Das ist exakt die Summe, die von Sozialverbänden und der Linke als gesetzlicher Mindestlohn gefordert werden. Ist das Geld so nicht sinnvoller angelegt, als es weiter für ineffektive Maßnahmen zu verschwenden?

„Um Arbeitszeitverkürzung wird aber kein Weg vorbei gehen, ansonsten fliegt uns das ganze System um die Ohren“, argumentiert der Arbeitswissenschaftler H.-J. Bontrup vom Gelsenkirchener Institut Arbeit und Qualifikation. Nur durch eine Verteilung der Erwerbsarbeit kann für mehr Menschen Arbeit geschaffen werden. Dass die Arbeitgeber dagegen sind, verwundert nicht. Schließlich leiden ihre Gewinne darunter. Bontrup bietet ein Rechenmodell an, um diesen Interessengegensatz aufzulösen. Zum einen soll der Bruttolohn analog zur Stundenminimierung gesenkt werden, als Ausgleich erhalten die ArbeitnehmerInnen Steuerentlastungen.

Ähnlich argumentiert auch das aktuelle Manifest „Umfairteilung“, hinter dem ein großes Bündnis von Attac- und Sozialaktivisten, Arbeitswissenschaftlern und Gewerkschaftern, aber auch Umweltaktivisten stehen. Sie fordern eine „Vollbeschäftigung neuen Typs“: 30 Stunden Regelarbeitszeit, die bis 2010 überall in Europa durchgesetzt werden solle. Denn es sei ein Irrglaube, dass die Massenarbeitslosigkeit durch Wirtschaftswachstum gelöst werden könne. Größtes Problem seien vielmehr die ständigen Produktivitätssteigerungen. Hierdurch gehen weit mehr Jobs verloren als durch Verlagerungen ins Ausland. Durch

steuerliche Anreize soll die Bereitschaft zur Arbeitszeitverkürzung belohnt werden, umgekehrt sollen diejenigen steuerlich stärker belastet werden, die besonders lange Arbeitszeiten womöglich als Doppelverdiener ohne Kinder verbinden. Grundlage eines solchen Modells ist ein gesetzlicher Mindestlohn, ein existenzsicherndes Grundeinkommen und die öffentliche Unterstützung für gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten. Die Initiatoren wissen, dass diese Vorschläge nicht kurzfristig umgesetzt werden können. Sie wollen, aber so Peter Strotmann von attac, „einen Stein ins Wasser (werfen), der hoffentlich viele Wellen schlägt. Weiter heißt es dazu im Manifest: „Wir wissen aufgrund der deutschen und europäischen Erfahrungen, wie schwer es ist, tatsächlich neue Arbeitsplätze zu schaffen. es ist ein großes gesellschaftliches Projekt, eine zentrale Aufgabe für heute und für die nächsten Generationen, ... Es bedarf einer großen politischen, kollektiven und individuellen Anstrengung und eines Machtzuwachses, um gegen die mächtigen Kapitalinteressen eine radikale Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen.“ (www.jungewelt.de/2005/08-27) Auch für den Sozialwissenschaftler André Gorz ist die Suche nach neuen Arbeitswelten die Aufgabe für das 21. Jahrhundert. „Im gleichen Maße, wie die bezahlte Arbeit zur Mangelware wird, muss ernsthaft Ausschau nach neuen Beschäftigungsformen gehalten werden, die Existenzsicherung und Lebenserfüllung gleichermaßen gewährleisten.“ (www.oeko-net.de/Kommune/kommune12-97/AGORZ.html)

Verbunden werden muss die *Zukunft der Arbeit in einem neuen Gesellschaftsvertrag*, wie in die evangelischen Theologen Wolfgang Belitz, Jürgen Klute und Hans-Udo Schneider in ihrem Buch gleichnamigen fordern. (Münster 2004) Dieser neue Gesellschaftsvertrag muss sich den zentralen Fragen stellen nach einem Grundeinkommen, der (Neu)bewertung von Arbeit, insbesondere der Frage nach der Geschlechtergerechtigkeit von Arbeit und Einkommen und der Bewahrung der Schöpfung.

Nachhaltigkeit und Vorsorgendes Wirtschaften

Inzwischen sind viele Theoretiker und Theoretikerinnen überzeugt, dass die vielfältigen Probleme unserer Arbeitsgesellschaft nicht ohne gleichzeitige Lösungsversuche in der Verteilungsgerechtigkeit, der Geschlechterproblematik und der Ökologie durchführbar sind.

Solange die Tätigkeit eines Börsenmaklers oder eines Waffenhändlers als gesellschaftlich wertvolle, also gutbezahlte Arbeit gilt, nicht aber das Gebären und Großziehen von Kindern oder die Pflege alter Menschen, solange wird es den dringend nötigen Wertewandel in unserer Gesellschaft nicht geben.

Zerstörung von Umwelt und Vernichtung von Erwerbsarbeit sind zwei Seiten einer Medaille. Die Kosten des Wohlstands steigen, z.B. durch die Zerstörung der Ozonschicht und den beschleunigten Klimawandel. Welche Kosten dies dann für die Allgemeinheit, insbesondere aber die betroffenen Armen haben kann, haben der Hurrikan Kathrina und der Tsunami vorgeführt. Wir brauchen also auch eine soziale und ökologische Preisgestaltung, und eine steuerliche Förderung der Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen. Alle Modelle einer gerechten Neuverteilung der Arbeit bedeuten einen Abschied vom Achtstundentag, bzw. von der 38,5 Stundenwoche. Insbesondere müsste sich die einseitige Abhängigkeit des männlichen Selbstwertgefühls von der Erwerbsarbeit bzw. der Höhe des Gehaltes ändern. Die Psychoanalytikerin Carola Meier-Seethaler führt diese Abhängigkeit zurück auf das Profilierungsstreben, das Männer bei jeder Arbeit an den Tag legen: höher, schneller, weiter, größer. Sie beschreibt dies als "typisch männliche Genugtuung", die jedem Herstellungsvorgang zugrundeliegt, und führt sie zurück auf die männliche Kompensation des weiblichen Geburtsaktes, der das Leben hervorbringt. (Ebd. S. 478) Sie definiert deshalb das "Herstellungsbedürfnis" des Mannes als libidinös besetztes. "Mit anderen Worten, unsere patriarchale Wirtschaftsgeschichte endet nicht nur mit dem Warenfetischismus, an dessen Überproduktion und Abfallbergen unsere heutige Welt zu ersticken droht, sondern sie beginnt mit eben diesem Fetischismus." (Ebd.) Sie plädiert für einen ganzheitlichen Arbeitsbegriff, der die Trennung zwischen Lohnarbeit und sogenannter Familienarbeit aufhebt und Männer und Frauen gleichermaßen an beiden Arbeitsfeldern teilhaben lässt. Auch viele andere Modelle versuchen Eigen- und Bürgerinnenarbeit, mit ehrenamtlichen Tätigkeiten und Erwerbsarbeit neu zu kombinieren. New Work oder Sabbatical, Bürgergeld und Stärkung des 3. Sektors heißen einige der Stichwörter zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und einem Mehr an Verteilungsgerechtigkeit. Verbunden damit ist eine andere Wirtschaftsweise, wie sie u.a. von Maria Mies bereits 1983 gefordert wurde.

„Subsistenzproduktion - oder Lebensproduktion -umfasst alle Arbeit, die bei der Herstellung und Erhaltung des unmittelbaren Lebens verausgabt wird und auch diesen Zweck hat. Damit steht der Begriff der Subsistenzproduktion im Gegensatz zur Waren- und Mehrwertproduktion. Bei der Subsistenzproduktion ist das Ziel *Leben*. Bei der Warenproduktion ist das Ziel Geld, das immer mehr Geld produziert, oder die Akkumulation von Kapital. Leben fällt gewissermaßen nur als Nebeneffekt an. Es ist typisch für das kapitalistische Industriesystem, dass alles, was es möglichst kostenlos ausbeuten will, zur Natur, zur Naturressource erklärt wird. Dazu gehört die Hausarbeit der Frauen genauso wie die Arbeit der Kleinbauern in der Dritten Welt, aber auch die Produktivität der gesamten Na-

tur.“

Zu den „Prinzipien einer neuen Moral Economy“ wie sie Maria Mies und Claudia von Werlhof entwickelt haben, gehört zunächst die Einsicht in die Begrenzung der Erde, der Natur und des menschlichen Lebens. Denn unsere menschlichen Bedürfnisse sind keineswegs unbegrenzt. Und ein Prinzip, das auf unbegrenztem Wachstum beruht, kann nur zerstörerisch sein.

Als neuer Maßstab empfiehlt sich daher das „Gute Leben“ und nicht mehr das Streben nach stetig steigender Produktion und immer mehr Konsum. Ein neuer Arbeitsbegriff müsste auch die Trennung von Freizeit und Arbeit überwinden, das Erleben von Glück und Lust fördern. Menschliche Arbeit ist in erster Linie eine sinnvolle Tätigkeit für sich und andere.

Selbstversorgung und Regionalität rücken in den Vordergrund: Produktion und Konsum werden wieder zusammengeführt. Dies bedeutet z.B. eine Reduktion des nicht selten auch noch steuerlich geförderten Fernhandels, also eine Steuer auch für Flugbenzin.

Inzwischen wird dieser Ansatz ausgebaut und erweitert: „Auf dem Weg zu einer Ökonomie des guten Lebens“, nennt sich eine Publikation des Netzwerkes „Vorsorgendes Wirtschaften“.

Auch hier wird „vorsorgendes Arbeiten“ definiert als „Tätigkeiten für sich und andere, die am gesellschaftlichen Leistungsaustausch teilnehmen und durch spezifische gesellschaftliche Koordinationsprozesse (z.B. Markt-, Verständigungs-, Sorgeprozesse) miteinander verbunden sind. Es gestaltet dabei den Stoffwechselprozess mit der natürlichen Mitwelt derart, dass deren Produktivitätsniveau langfristig mindestens erhalten bleibt.“ (Biesecker u. 2000, S. 261)

Gesamtziel ist die Bekämpfung der Armut sowie eine nachhaltige *Vollbeschäftigung* als Beitrag zu einer sicheren, sauberen und gesunden Umwelt – sowohl der Arbeitsumwelt als auch der Gemeinschaft und der natürlichen Umwelt.

Nachhaltigkeit erfordert mehrdimensionale Handlungskonzepte, die auf **Verteilungs-gerechtigkeit** zwischen Geschlechtern und Generationen ausgerichtet sind. Als Herausforderung, die über die Umweltproblematik hinausgeht, richtet sich „nachhaltige Entwicklung“ an die Gesellschaft als Ganzes. Dabei darf es nicht nur um die quantitative Seite der Nachhaltigkeit gehen - wie beim Waldbeispiel um die Anzahl der Bäume, die in einer bestimmten Seite nachwachsen - sondern stärker als bisher muss der qualitative Maßstab berücksichtigt werden. Um bei dem Beispiel zu bleiben, also Qualität der Humusschicht. Nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten beinhaltet immer auch eine **ethische Fragestellung**: Können wir es aus Sicht einer nachhaltigen Existenzsicherung aller Menschen auf

dieser Erde noch länger verantworten, dass derzeit Wirtschaften ausschließlich dem persönlichen Wohlbefinden einiger Weniger dient? Das Ungleichgewicht von immer mehr Luxus für immer weniger Menschen auf der einen Seite - und 850 Millionen Menschen die akut vom Hungertod bedroht sind - dies ist ein nie versiegender Nährboden für Terrorismus.

Nur mit einer **Vorsorgenden Wirtschaft** verbunden mit einer neuen Verteilung der verschiedenen Tätigkeiten wird es möglich sein, bezahlte und unbezahlte, öffentliche und private Arbeit zwischen Jung und Alt, Männern und Frauen, In- und Ausländern in der Einen Welt gerecht zu verteilen. Anstatt die Wertmaßstäbe und Organisationsprinzipien von Arbeit in industriellen Produktivitätsstandards und Rationalisierungskonzepten zu suchen, sollte Arbeit begriffen werden **als eine Tätigkeit für andere und uns selbst**.

Es gibt also außerhalb der verordneten neoliberalen Denkblockaden wie „der globalisierte Markt regelt sich selbst“, wir brauchen nur mehr Eigeninitiative und Eigennutz, auch andere Alternativen. Einige habe ich kurz angerissen, weitere gilt es zu entdecken aber auch neue Ideen zu entwickeln. Leider werden sie öffentlich kaum diskutiert. Auch dies hat einen Grund. Das neoliberale Denken beansprucht den „Stein der Weisen“ gefunden zu haben - sprich alternativlos zu sein, wie ja immer wieder argumentiert wird. Gleichzeitig wird seit Jahren vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft mit jährlich 10 Mill Euro gefördert um Stimmung für wirtschaftsfreundliche Reformen im neoliberalen Sinne zu machen. „Sozial ist was Arbeit schafft“, hieß die letzte Losung die landauf landab in Medien und allen Talkshows gnadenlos wiederholt wird.

Umso wichtiger ist also die Meinungsmache von unten. Informieren sie sich, diskutieren sie mit - überall. In den Gemeinden und am Arbeitsplatz, in der Familie, am Stammtisch und beim Elternabend. Hinterfragen sie die Standardmodelle von Politik und Wirtschaftsverbänden. Beziehen sie öffentlich Stellung, schreiben sie Leserbriefe. Lassen sie uns einen gemeinsamen Diskurs beginnen, wie wir in Zukunft miteinander leben wollen.

Literatur:

- Belitz, Wolfgang; Klute, Jürgen; Schneider, Hans-Udo. Zukunft der Arbeit in einem neuen Gesellschaftsvertrag. Münster 2004.
- Biesecker, Adelheid; Malte Mathes, Susanne Schön; Babette Scurell (Hg.) Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld 2000.
- Bontrup, Heinz-J. Geteilte Zeit ist geteilte Arbeit. Frankfurter Rundschau Online. 2.9.2005.
- Galbraith, John Kenneth. Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Siedler 2005.
- Lafargue, Paul. Das Recht auf Faulheit. Widerlegung des "Rechts auf Arbeit" von 1848. o.O. 1978.
- Marx, Karl. Das Kapital. MEW Bd. 23. Kritik der politischen Ökonomie. 1962.
- Meier-Seethaler, Carola. Ursprünge und Befreiungen.
- Dies. Gefühl und Urteilskraft. Plädoyer für die emotionale Vernunft.
- Mies, Maria. Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Berlin 1988.
- Dies./Veronika Bennholdt-Thommsen. Die Subsistenzperspektive. Eine Kuh für Hillary. München 1997.
- Negt, Oskar. Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit. 1985.
- Ders. Die Krise der Arbeitsgesellschaft. In: Brückenschlag Bd. 11, (1995) Arbeit!
- Rifkin, Jeremy. Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. 3.Aufl. 1996.
- Ruben, Peter. Von der Arbeit und ihrer ökonomischen Bestimmtheit. Probleme in Friedrich Kambartels Überlegungen. In: Dt. Z. f. Phil. 41, 1993. 2, 257-262.
- Rudolph, Hedwig. Der männliche Blick in der Nationalökonomie. In: Karin Hausen u. Helga Nowotny (Hg.) 1986.
- Schade, Gisela. Patriarchal Thinking in Economic Theory and its Cultural/Psychological Component. In: Maja Pellikaan-Engel.(ed.) 1992.
- Schäfers, Michael. Von der Arbeit zur Tätigkeit. Zeitdiagnosen und Wege wider die Resignation. Münster 2001.
- Schwarzbuch. www.igmetall.de/gutearbeit
- Sennett, Richard. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin 2005.
- Strasser, Johano. Die Zukunft der Arbeit in: Ders.(Hg.) Die Wende ist machbar. 1994.
- Weber, Max. Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. 1904.
- Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Hg. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf 2001.
- Weil, Simone. Fabriktagbuch und andere Schriften zum Industriesystem. München 1978.